

Wahlprüfsteine Öffentlicher Gesundheitsdienst

1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um gesundheitliche Risiken zu vermindern und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung im Sinne der Chancengleichheit, Teilhabe und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen zu verbessern?

Die CDU Brandenburg ist der Auffassung, dass sich mehr staatliche Verantwortung vor allem im Bereich Prävention positiv auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Wir setzen uns daher u.a. für die Errichtung eines neuen Ministeriums für Prävention, Gesundheit und Pflege ein. Wir wollen zudem die Gesundheit der Bevölkerung über neue Präventionsmaßnahmen positiv beeinflussen. Insbesondere über die Lebenswelten Kita und Schule wollen wir Kinder, Jugendliche und Eltern für ein gesundes Leben sensibilisieren. Dabei werden Sport, Ernährung, Stressbewältigung und die Stärkung der Persönlichkeit wichtige Schwerpunkte bilden.

Darüber hinaus beabsichtigen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst, wie auch in der Vergangenheit, nachhaltig zu unterstützen. Dieser staatliche Dienst hat als dritte Säule der gesundheitlichen Versorgung wichtige Aufgaben zu erfüllen, die dem Gesundheitsschutz der gesamten Bevölkerung dienen. Der Beitritt des Landes zur Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen kann daher nur ein erster Schritt gewesen sein.

Unser Ziel ist es, dass Menschen so lange wie möglich selbstständig in ihrer Heimat leben können. Und gerade weil sich eine gute ambulante Versorgung durch Erreichbarkeit auszeichnet, ist für uns Ausbildung, Mobilität und Vernetzung besonders wichtig. Ländliche Regionen sind auf eine starke Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Krankenhäusern und ambulanten Strukturen wie Apotheken, Allgemeinmedizinern und Therapeuten angewiesen. Diese Chance werden wir nutzen, auch über digitale Angebote. Außerdem wollen wir über ein Regionalbudget kommunale Behandlungsräume errichten und Medizinern zur Verfügung stellen sowie mobile Ansätze (z.B. Palliativmedizin) ausbauen.

Wir benötigen außerdem alle Krankenhäuser im Land – jedes ist unverzichtbar! Der hohe Versorgungsanspruch darf dabei nicht zulasten der Qualität gehen. Eine solide Grundversorgung muss es überall geben, komplexe Leistungen konzentrieren wir an geeigneten Standorten. Dabei ist die Notfallversorgung so aufzustellen, dass die Rettungsfrist in Zukunft besser eingehalten werden kann. Für mehr Planungssicherheit wollen wir außerdem den Investitionsstau gemeinsam mit dem Bund weiterhin abbauen.

2. Welche Pläne hat Ihre Partei, um eine Strategie zur Förderung der öffentlichen Gesundheit (Kinder, Erwachsene, Senioren) in Brandenburg zu entwickeln?

Aus Sicht der CDU Brandenburg ist eine Stärkung der öffentlichen Gesundheit vor allem über die Lebenswelten Kita und Schule erreichbar. Ausgangspunkt für nachhaltige Lösungen kann nur das Thema Prävention sein. Eine Strategie muss sich unbedingt an der Vermeidung von Gesundheitsrisiken orientieren, weil das der beste Beitrag für ein gesundes und langes Leben ist. Wichtig ist dabei, dass flächendeckende und regelmäßige Angebote vorgehalten werden können. Abseits öffentlicher Einrichtungen wollen wir das Netzwerk „Gesunde Kinder“ erweitern. Dort begleiten ehrenamtliche Paten Familien und geben nützliche Informationen zur Förderung der kindlichen Gesundheit. Wir werden diese Betreuung auf die ersten sechs Lebensjahre erweitern. Wir wollen, dass heranwachsende Kinder und ihre Familien auf erfahrene Berater zurückgreifen können. Außerdem wollen wir die Suchtprävention und -hilfe ausbauen. Die Suchtberatung benötigt nachhaltige Unterstützung seitens des Landes. Wir streben eine Verstetigung der Personalkosten der Beratungsstellen an. Noch immer leiden zu viele Menschen an einer Suchtkrankheit und auch der Kampf gegen die Drogen ist nicht gewonnen. Vor allem im Süden Brandenburgs stellt die Droge Crystal Meth noch immer ein großes Problem dar.

Neben den frühen Ansätzen bei Kindern und Jugendlichen, benötigen wir grundsätzlich mehr Familienfreundlichkeit im Land Brandenburg, denn das führt zu Zufriedenheit und trägt somit auch zur persönlichen Gesundheit bei. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft, deshalb stehen sie für uns im Mittelpunkt. Behütet aufwachsen bedeutet, dass sich Kinder auf den Schutz und die Geborgenheit ihrer Familien verlassen können. Wir werden in allen Lebensbereichen die Familienfreundlichkeit fördern. Als Grundlage wird die Situation der Familien im Land Brandenburg zunächst durch einen Familienbericht analysiert. Darauf aufbauend wollen wir die behördlichen Leistungen für Familien unter einem Dach zusammenfassen. Zusätzlich zu den digitalen Angeboten der Bundesregierung schaffen wir in ganz Brandenburg Beratungsstellen, in denen Familien ein fester Berater zur Seite steht. Dort erhalten sie Unterstützung, egal ob es sich um Leistungen des Bundes, des Landes oder der Kommune handelt. Damit stellen wir sicher, dass familienpolitische Maßnahmen ankommen. In Zusammenarbeit mit den Familien- und Wohlfahrtsverbänden soll die Förderung verbessert und die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten und Vorsorgeuntersuchungen erleichtert werden.

3. Welche Aufgaben soll in diesem Kontext der Öffentlichen Gesundheitsdienst übernehmen?

Die CDU Brandenburg beabsichtigt, die aktuelle Umsetzung des Präventionsgesetzes auf der Landesebene anders auszugestalten. Wir glauben, wie im Übrigen auch der Bund mittlerweile, dass hier eine engere Kooperation mit den Kommunen erforderlich ist. Wir könnten uns z.B. im Bereich Impfungen, aber auch bei Beratungen und Präventionsarbeit ein größeres Aufgabenspektrum für den Öffentlichen

Gesundheitsdienst vorstellen. Gemeinsam mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten werden wir neue Aufgaben gesetzlich festschreiben und als Land dafür die finanzielle Verantwortung übernehmen.

4. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Gesundheitsschutz in Brandenburg und die Vorbereitung auf Ausbruchereignisse verbessern will.

Wir werden die Notfall- und Katastrophenkapazitäten der Brandenburger Krankenhäuser stärken. Aufbauend auf den Alarm- und Einsatzplanungen der Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken brauchen wir jederzeit verlässliche lagerelevante Krankenhausdaten in Echtzeit. Dazu gehören insbesondere die Bettenauslastung, die Funktionsfähigkeit von Notaufnahmen, Operationssälen und Intensivstationen sowie Spezialressourcen, wie etwa Brandbetten und Isolierstationen. Die präklinische Versorgung ist einzubeziehen und als mobile Versorgungskomponente zu berücksichtigen. Die Hilfsorganisationen, die über umfangreiche Ressourcen und Kompetenzen verfügen, werden vor diesem Hintergrund ständige Mitglieder des gemeinsamen Landesgremiums.

Vor allem die ehrenamtliche Tätigkeit in den Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes und der Hilfeleistung hat für Ausbruchereignisse eine herausragende Bedeutung für das Land Brandenburg. Dies soll in die Verfassung des Landes eingefügt werden. Als Gesellschaft stehen wir nämlich in der Pflicht, den Helfern, die sich Tag und Nacht im Brand- und Katastrophenschutz für die Menschen in Brandenburg einsetzen, etwas zurückzugeben. Dazu zählt, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu verbessern, das Ehrenamt zu stärken und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wir wollen vor allem das System der mobilen Ersthelfer, auch sogenannte first responder, ausbauen. Dieses Ehrenamt ist als Bestandteil einer Rettungskette mittlerweile in diversen Ländern fest verankert. Die unverzügliche Erste Hilfe bis zum Eintreffen der Rettungsdienste kann Leben retten. Deshalb wollen wir die Erste Hilfe auch stärker in den Schulalltag integrieren und ein flächendeckendes Netz von Defibrillatoren. Diese Maßnahmen sind auszubauen, gesetzlich festzuschreiben und durch eine Verordnung zu regeln.

Darüber hinaus ist es aus Sicht der CDU Brandenburg wichtig, gegen Übergriffe auf Rettungskräfte vorzugehen.

Wir werden auf das Problem der zunehmenden Bedrohung von Rettungskräften sowie tätlichen Angriffen auf diese bei Einsätzen reagieren. Wer Hilfe leistet und sich damit in den Dienst der Gesellschaft stellt, braucht unsere ganze Unterstützung. Neben einer härteren Bestrafung wollen wir besonders Entschädigungszahlungen durch den oder die Täter stärker gesetzlich verankern. Wir wollen außerdem den Einsatz Ehrenamtlicher mit Ehrungen und Auszeichnungen würdigen sowie den engagierten Männern und Frauen materielle Vergünstigungen zukommen lassen, beispielsweise ein kostenfreies Mobilitätsticket. Bei der Ehrenamtsprämie soll zukünftig die Zeit in der Jugendfeuerwehr und allen einsatzbezogenen Tätigkeitsbereichen in den Hilfsorganisationen berücksichtigt werden.

5. Mit welcher Strategie plant Ihre Partei, die personell schwierige Situation im Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Brandenburg, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell bestehenden Ärztemangels, zu entschärfen?

Im gesamten Bereich Gesundheit fehlen Fachkräfte. Deshalb müssen Ausbildungsangebote besser aufeinander abgestimmt und an den Vorstellungen junger Menschen orientiert werden. Dafür benötigen wir eine sinnvolle Strategie, die insbesondere die Ausbildung von Hebammen, Medizinerinnen und Pharmazeuten in den Blick nimmt. Die neue Hochschulausbildung für Humanmedizin in Cottbus startet erst 2023, bis dahin muss das Engagement des Landes an der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) ausgebaut werden. Auch nach dem Start der staatlichen Hochschulausbildung ist die MHB in ein Gesamtkonzept einzubinden. Wir wollen zudem eine stärkere wissenschaftliche Verankerung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes während des Studiums, auch über praktische Anteile der Ausbildung. Hierfür werden wir mit den beteiligten Akteuren Gespräche führen. Ein Stipendiensystem wollen wir vor allem für Brandenburger Absolventen. Nur so kann es gelingen, künftige Ärzte für das gesamte Land zu gewinnen. Außerdem gehen wir davon aus, dass mehr Verantwortung und mehr Aufgaben auch zu mehr Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes führen. Neben der Frage zum Lückenschluss bei den Gehältern, sind das die Kernelemente unserer Maßnahmen zum Umgang mit dem Fachkräftemangel.

6. Vor welche Herausforderungen sieht sich Ihre Partei dabei gestellt und was wären Ihre ersten Schritte?

Die CDU Brandenburg hat sich ein klares Ziel gesetzt: Wir wollen die öffentliche Gesundheit der Bevölkerung verbessern. Den Öffentlichen Gesundheitsdienst in diesem Zusammenhang als starken Partner anzuerkennen, ist dabei Schritt eins und für uns bereits abgeschlossen. Herausforderungen liegen im Kern in zwei weiteren Bereichen: Klärung der Organisation des Zuschnitts künftiger Aufgaben und der Finanzierung. Hierzu werden wir uns mit allen Beteiligten so zeitig wie möglich abstimmen – das ist für die CDU der nächste Schritt.

7. Welche konkreten politische Maßnahmen bzw. Gesetzesvorhaben plant Ihre Partei, um die kommunalen und landesweite Gesundheitsberichterstattung in Brandenburg zu stärken?

Wir sind der Auffassung, dass viele gesundheitliche Probleme der Brandenburger Bevölkerung bereits bekannt sind. Gerade mit Blick auf die Gesundheitsdaten der Bevölkerung, z.B. Diabetes- sowie Herz- und Kreislauferkrankung, liegen dem Land Brandenburg mittlerweile viele Erkenntnisse vor. Wir werden uns daher zunächst für einen Familienbericht einsetzen und ferner eine Berichterstattung zum Thema Obdachlosigkeit erwirken. Derzeit liegen der Landesregierung zu diesem Sachverhalt

keine genauen Angaben vor. Wir werden uns diesem wachsenden Problem widmen und hierfür zunächst eine Evaluation des Status quo erarbeiten.

Außerdem wird sich die CDU Brandenburg für eine Novellierung des Psychisch-Kranken-Gesetzes einsetzen. Hier sehen wir weiteren Handlungsbedarf, ebenso wie bei dem Rettungsdienst- und dem Gesundheitsdienstgesetz sowie bei der Rahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz. Darüber hinaus beabsichtigen wir mit dem Thema Kinderschutz einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit festzuschreiben. Damit Kinder und Jugendliche behütet aufwachsen können, brauchen sie Freiheiten und Freiräume, aber auch besonderen Schutz. Mit Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie des Kinder- und Jugendschutzes wollen wir dem gerecht werden. Wir wollen ein Kinderschutzgesetz, das einheitliche Standards festschreibt und das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellt. Zusätzlich wollen wir für Kinder und Jugendliche einen Landesbeauftragten einsetzen. Auch ist die Bedeutung und der Bedarf der Schulsozialarbeit in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Daher soll jede Brandenburger Schule Anspruch auf mindestens einen Schulsozialarbeiter haben. Zu einem guten Schulklima leisten aber auch andere Berufe einen wichtigen Beitrag. Deshalb wollen wir unter anderem das landesweite Netzwerk der Schulpsychologen stärken.